



Der Bau der Windräder bei Etteln könnte bald schon Realität werden. Doch das Urteil des Verwaltungsgerichts wird scharf kritisiert.

FOTO: HIEGEMANN

Windkraftgegner kritisieren das Urteil

Volker Tschischke, Sprecher des Vereins Vernunftkraft, stößt die Genehmigung des Baus der vier umstrittenen Windenergieanlagen bei Etteln bitter auf. Er nennt verschiedene Gründe.

■ **Borchen** (um). Umweltgutachten, die nicht zu interessieren scheinen, ein denkwürdiger Ratsentscheid, die Missachtung der Grundsätze der Demokratie und irrwitzige Auflagen – so kam es aus Sicht von Volker Tschischke, Sprecher OWL des Vereins Vernunftkraft NRW, zur Genehmigung des Baus der vier umstrittenen Windräder in Etteln.

Der Ettelner, der auch in der Bürgerinitiative Gegenwind Borchen aktiv ist, kritisiert das Urteil des Verwaltungsgerichtes Minden. Und auch einige, die dieses Urteil aus seiner Sicht erst ermöglichen.

Am letzten Verhandlungstag habe die Richterin noch festgestellt, dass der alte Flächennutzungsplan der Gemeinde Borchen immer Bestand hatte. „Bedeutet diese Aussage etwa, dass der Landrat in Dezember 2016 mit der

Genehmigung der sieben bereits errichteten Anlagen in Etteln geltendes Recht überging“, fragt Tschischke. Gegen dieses Vorgehen klagte ursprünglich auch die Gemeinde Borchen. Der Borchener Rat zog 2017 aber seine Entscheidung auf Weiterführen der Klage am Oberverwaltungsgericht in Münster zurück. „Es ist schon erbarmenswert, wenn ein Rat das Urteil einer Richterin akzeptiert, die damit geworben hatte, sehr aktive Umweltschützerin zu sein und dies unter anderem ihrer Greenpeace- und NABU-Mitgliedschaft belegt. Auch wäre die Fragestellung der angelegenen Normgesetzgebungskompetenz des Landrates am Oberverwaltungsgericht in Münster ganz sicher eindeutig beantwortet worden“, meint Tschischke in seiner Stellungnahme. Den damaligen Ratsentscheid nennt er denkwür-

dig. Zudem sei das Bürgerbegehren zur Rücknahme des Ratsbeschlusses eines der schnellsten in Deutschland gewesen. „Das wurde wiederum von der Richterin und Greenpeace-Mitglied abgewatscht, da der Bürgermeister zu sofortiger Umsetzung des Ratsbeschlusses unter Androhung von Strafe verpflichtet wurde. Die Konsequenzen werden nun nach und nach schmerzhaft für die betroffenen Bürger sichtbar“, so der Sprecher des Vereins.

Der triftigere und wirklich nachhaltigere Schaden sei aber ganz sicher die Wahrnehmung des Rechtsstaates durch den Bürger. In der Demokratie entscheide der Mehrheitswillen, ein Rechtsstaat zeichne sich wiederum dadurch aus, dass er die Belange der Minderheiten schütze, so Tschischke, der meint, dass Teile des Borchener Rates, der Landrat

sowie die Richterin den Grundsatz missachten. „Dies führt nun zu einer weiteren Belohnung in Form von vier Anlagen, die unter irrwitzigen Bedingungen und Auflagen genehmigt werden. Wohlweisend, dass insbesondere der Kreis Paderborn gut und gern diese Auflagen auf Antrag im Weiteren fallen lassen wird.“

Er wirft auch der Richterin und dem Kreis Paderborn vor, nicht sonderlich an den Umweltgutachten interessiert gewesen zu sein. Nirgendwo habe eine Berücksichtigung der Gesundheitsbeschwerden der Betroffenen stattgefunden. „Das ist bemerkenswert, da zum Antragszeitpunkt noch eine Mehrheit der Borchener an ein gewissenhaftes Vorgehen des Antragsverfahrens glaubte“, so Tschischke. Über 700 Einwände seien der Beleg dazu. „Wenn diese Einwände aber keine Berücksichtigung

finden, dann sind sie schlichtweg sinnlos. In rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren wird im Regelfall im Interesse des Betroffenen entschieden, im Mindestfall werden die Interessen berücksichtigt. All dies erfolgte nicht. Mit keinem Satz und keiner Silbe“, kritisiert der Ettelner. Das Alles sei nicht das Ende, sondern erst der Anfang, ist er sich sicher. Die neue 10-MW-Klasse der Windenergieanlagen stehe schon in den Startlöchern. „Es reift die Gewissheit in der Bevölkerung, dass die eigene Heimat, unsere Kulturlandschaft und das eigene Vermögen in Form von Immobilienwerten geopfert wird für eine vollkommen wirkungslose und verkorkste Energiewende, die nicht zur Verringerung von CO₂-Ausstoß führt und sich erst recht nicht als positives Vorbild für andere Nationen eignet“, teilt Volker Tschischke mit.